

## „Befehl und Gehorsam - das geht nicht mehr“

Nie zuvor war unter Deutschen so umstritten, was Polizisten tun oder lieber lassen sollten. Und die 120 000 Beamten — denen mal Draufhauen, mal Wegsehen empfohlen wird — wissen es selber nicht mehr, seit gesellschaft-

liche Konflikte ihre überkommenen Denkmuster, überholten Ausbildungsideale und Einsatzformen in Frage gestellt haben. Rufe nach Reform wurden von Anarchisten-Bomben und Terroristen-Schüssen übertönt.

Deutsche Polizisten legen auf Kidnapper an — wie letztes Jahr im November, als auf dem Frankfurter Flughafen der Hilfsarbeiter Viktor Wiedera in einer DC 8 der Air Canada die Stewardess Margit Sommer festhielt. Ein Scharfschütze tötete ihn.

Aber deutsche Polizisten machen auch Spaß, wenn sie vor Kleinkindern mit dem Verkehrskasper fingern, und

beweisen Fürsorge, wenn sie Greise über die Straße führen.

Polizisten riskieren als Geisel ihr Leben. So im Dezember 1971 zu Köln, als der Oberrat Hans Krauss und der Kripochef Werner Hamacher sich dem Diktat von drei Bankräubern beugten, den Gangstern ein Fluchtauto beschafften und sie dann bis an die Saar chauffierten.

Aber Polizisten sind auch gehalten, vor Staatsgästen strammzustehen — Blick zur Prominenz, bis „sich die zu ehrende Persönlichkeit mit dem Beamten auf gleicher Höhe befindet“. Sie blasen den Marsch, wenn ein Minister Geburtstag hat, und sie halten Totenwache, wenn Höheres verstorben ist — „beiderseits des Sarges je

drei Beamte, die Beine leicht gespreizt, die Arme zwanglos herabhängend“.

Polizeibeamte sollen dem Terror begegnen, der von außen ins Land getragen wird. Dabei zogen sie sich den Hohn der Welt zu, nachdem es im olympischen Dorf und in Fürstentfeldbruck 17 Tote gekostet hatte.

Doch sie haben auch Order, sich um einen Hering zu kümmern, falls der fälschlich im Milchladen ausliegt. Und zu ihren Pflichten gehört es, die Kö- rung von Zuchtbullen zu überwachen.

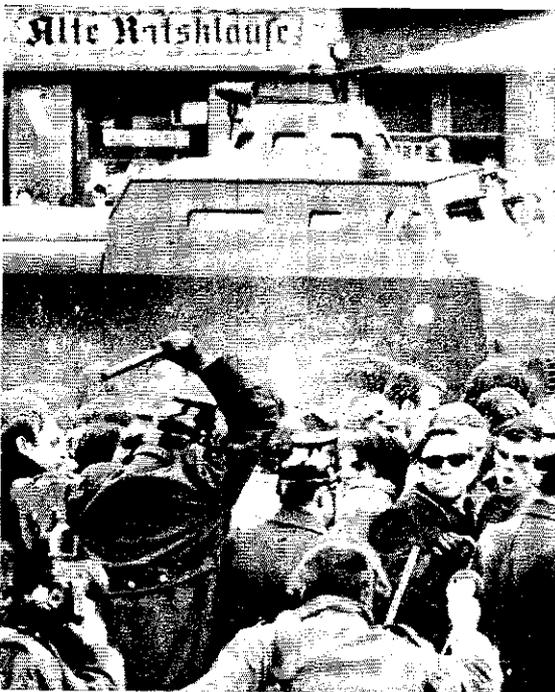
Polizeibeamte müssen den Terror im Innern abwenden. Dabei gewannen sie die Anteilnahme der Nation, weil bei der Fahndung nach der BM-Gruppe auch drei der Ihren zu Tode kamen.

Doch sie leisten auch Lebenshilfe, wenn in Streifenwagen Babys geboren werden. Und zu ihren Ämtern zählt, besudelte Betrunkenene vom Trottoir zu klaben.

Polizist sein, das ist ein Dasein im Widerspruch. Schutzleute müssen, wie in Frankfurt, gewaltsam gegen jugendliche Hausbesetzer vorgehen, ob- schon die Sozialmoral offenkundig bei den Bekämpften ist. Sie marschieren, 1135 Mann stark, helmbewehrt und

stockbewaffnet, in der Heidelberger Universität auf, weil ein Kultusminister meint, ein „deutliches Zeichen für das Funktionieren des Rechtsstaates“ setzen zu müssen. Und Uniformierte gehen — so in Hannover — mit Wasserwerfer und Tränengas gegen „Rote Punkt“-Demonstranten vor, die Nahverkehr nicht für einen Erwerbszweig, sondern für eine öffentliche Aufgabe halten.

\* Oben: bei den Osterunruhen 1968 in Berlin; beim Deutschlandbesuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle 1962. Unten: als Bankräuber-Geisel in Köln 1971; Polizei-Schützen im olympischen Dorf 1972.



Polizei im Einsatz\*: Häßliche oder rechte Deutsche, Fehlleistung oder Leistungsnachweis?



Polizei im Einsatz\* Schiedsrichter oder Hoheitsträger?





**Polizei beim Hilfsdienst\*:** Übermenschlich und doch wieder ganz Mensch, weise und wehrhaft zugleich?

Schupos sollen, wie der Duisburger Leitende Polizeidirektor und Fachautor Tonis Hunold fordert, stets „höflich sein, ohne devot zu wirken, bestimmt einschreiten, ohne zu weich zu erscheinen. Unwissende aufklären, ohne sie zu demütigen, großzügig einstecken, ohne sich beleidigen zu lassen“ — ein Programm für Lebenskünstler.

Mal Bonhomme, mal Staat auf zwei Beinen, muß ein deutscher Polizist zwar „sozusagen ständig mißtrauisch sein, also aufgucken, wo eine strafbare Handlung geschehen sein oder sich anbahnen könnte“ (so Georg Sieber, bis vor kurzem Psychologe der Münchner Polizei); doch freilich, er soll nicht sogleich ahnden, „wenn die Tat unbedeutend ist und eine Belehrung... ausreichend erscheint“ (so ein Runderlaß in Nordrhein-Westfalen).

So übermenschlich und doch wieder ganz Mensch soll ein Polizist sein, daß sein Ebenbild selbst unter Göttern nicht leicht zu finden wäre. Allenfalls kommt Manjusri ihm gleich, ein fernöstlicher Himmelsherr: Symbol der Weisheit, doch auch streitbarer Wächter, Schwert in der einen, Buch in der anderen Hand, manchmal mit zwei, mitunter mit vielen Armen, grimmig zuweilen, dann wieder milde blickend. Doch unzweifelhaft ist, daß in dem irdischen Umfeld, in dem deutsche Schupos walten, meist Wehrhaftes die Weisheit verdrängt.

Sie strafen zu schnell — wie etwa in Hamburg, wo nach einer Sturmnacht ein Polizist schwer arbeitende Männer des Technischen Hilfswerks anzeig-



**Polizei beim Hilfsdienst\*:** Mißtrauisch und dennoch großzügig?

te, weil sie ihre Dienstwagen falsch geparkt hatten.

Sie schlagen zu schnell — wie etwa in Passau, wo Polizisten Mitglieder der Bamberger Symphoniker arbeitsunfähig prügeln, weil sie die Musiker irrtümlich für Parksünder und für betrunken gehalten hatten.

Sie schießen zu schnell — wie etwa in West-Berlin, wo ein Polizist vor einem Streifenwagen einen gerade festgenommenen Autoknacker durch Genickschuß tötete, weil er „wollte, daß Ruhe kommt“.

Jedoch: Ob Prügel eine Fehlleistung oder Pistolenschüsse Leistungsnachweis sind; ob der Polizist, der draufhält und zupackt, nun ein häßlicher Deutscher oder ein rechter ist; ob Schupos das geniale Ideal, das Vorschriften und Vorgesetzte aufrichten, überhaupt ausfüllen können — darüber sind Land und Leute uneins.

Denn nie zuvor war Deutschlands Polizei so umstritten, nie vorher war unter Bürgern und Befehlshabern, bei Politikern und Polizisten so ungewiß, was Polizisten tun oder lieber lassen sollten. Schlimmer: Die wissen es selber nicht mehr.

Unzulänglich nur kann die Polizei ihrer Pflicht genügen, dem Verbrechen vorzubeugen; ständig steigt die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten. Immer stärker schwillt die Verkehrslawine: bis zu zwei Drittel polizeilicher Arbeitskraft werden darauf verwendet, Autos zu dirigieren, Unfälle zu registrieren. Und der permanente Konflikt mit Verkehrsteilnehmern, die fast immer am Rande irgendeines Gesetzes entlangsteuern, verdunkelt das öffentliche Bild vom Polizisten.

„Dazu kommt“, wie der Polizeipsychologe Sieber sagt, „daß sich heute sehr viele Menschen in unserem Rechtssystem nicht mehr so ganz sicher zu rechtfinden. Was erlaubt ist und was nicht erlaubt ist, ist so vielen Leuten unklar, daß immer, wenn eine Rechtsautorität daherkommt, zunächst mal eine Art schlechtes Gewissen einsetzt.“

Doch nicht die Wirrnisse des Rechtssystems noch der Bankräuber-Boom brachten die Polizei aus dem Gleichgewicht, sondern jener gesellschaftliche Wandel, der Mitte der sechziger Jahre mit den Studentenrevolten begann und der auch das Bewußtsein vieler Bürger

\* Oben: Erste Hilfe, Verkehrsunterricht, Straßencleaning nach Unfall; unten: Verkehrsregelung am Zebrastreifen, Versorgung eines Betrunknen.

veränderte. Damals kollidierte die Polizei, die sich noch ungebrochen als Schutztrupp der Staatsmacht verstand, mit einer außerparlamentarischen Opposition, die, nicht minder selbstgerecht, ein anderes Staats- und Demokratieverständnis reklamierte.

### „Disziplin, Manneszucht und freiwillige Unterordnung.“

Die Knüppelhiebe, die in westdeutschen Städten prasselten, demolierten vor allem auch die Innenwelt der uniformierten Gewalttäter. Gänzlich unerwartet stand vor den Wachtmeistern der Bonner Demokratie der Gedanke, daß es nicht einen imaginären Staat zu verteidigen galt, sondern den Freiheitspielraum leibhaftiger Bürger; daß es Regeln nicht nur im Verkehr, sondern auch für das Nebeneinander sozialer Triebkräfte gab.

Und je weiter die ideologischen Pole der bundesdeutschen Gesellschaft in den letzten Jahren auseinanderrückten, desto deutlicher wurde der Traditionsbruch, der die überkommenen polizeilichen Denkmuster in Frage stellte. Seither ist es unbequem geworden, Polizist zu sein.

Nun dämmert auch Oberkommissaren, daß sie womöglich nicht in einem Ständestaat kommandieren, sondern in einer Konfliktgesellschaft ordnen müssen. Und seither kann ein Schupo, wie der Berliner Polizeischullehrer Dr. Jost Riedel meint, „nie mehr klar entscheiden zwischen rot und schwarz, gut und böse“.

Sichtlich unsicher bewegen sich die Polizisten in dem „kritischen, gesetzlich nicht mehr klar umrissenen Bereich zwischen Freiheitsanspruch und Freiheitsbegrenzung“ (Hunold). Denn, so der Psychologe Sieber: „Recht, das ist fest definiert, Ordnung ist nicht fest zu definieren, beim besten Willen nicht.“



Polizei-Lehrer Riedel  
„Nie klar zwischen gut und böse“



Polizei-Psychologe Sieber  
„Ordnung ist nicht zu definieren“

Beim besten Willen geht das allenfalls, wenn Anarchisten Bomben legen, die kurzfristig die Selbstzweifel des Polizisten ausräumen und ihn wieder in Gleichschritt mit den Bürgern bringen: Law-and-Order-Leuten auf der rechten, Marx-und-Engels-Leuten auf der linken Seite.

Das aber ist eine Koalition auf Zeit, und wann immer was schiefliegt, geht's zu Lasten der Polizei: Mal, gegenüber Studenten, vernimmt sie den Vorwurf, ihre Macht mißbraucht zu haben; dann wieder, gegenüber Anarcho-Gruppen, muß sie sich sagen lassen, mit der Macht zu sparsam zu sein.

„Nichts ist undankbarer“, schrieb das US-Magazin „Time“, „als Polizist in einer freien Gesellschaft zu sein.“ Und seine Rolle sehen alle anders — mal Bulle, mal Schwein, und manche machen sich einen Reim darauf: Polizisten — Faschisten. Für einen „Träger hoheitlicher Gewalt“ hält ihn Willi Weyer, NRW-Innenminister. Er soll, wie es Berlins Riedel will, „antiautoritäre Autorität“ haben, „die das Amt nicht verleugnet, aber akzeptabel macht“. Und er möchte, selber gefragt, „eine Art Schiedsrichter“ sein — so Gregor Bleibinger, 40, Oberinspektor bei der Münchner Funkstreife.

„Disziplin, Manneszucht und freiwillige Unterordnung“ — so aber steht's noch immer in einer Lehrschrift „Polizeiverwendung“. Noch immer beginnt ein Polizistenleben wie das eines Soldaten — mit dem Einrücken in eine Kaserne, schamhaft „Unterkunft“ geheiß, mit Schlangestehen vor der Kleiderkammer (zum Empfang des „Dienstkleides“), mit Spind- und Waffenappellen, mit dem Zapfenstreich, der nun bloß „Torschlußstunde“ heißt, und mit dem Gänsemarsch zum Mittagessen, „in geschlossenen Gruppen“.

Zwischendurch wird ge drillt, weil Links- und Rechtsum, Marschieren mit Singsang und Händen an der Hosennaht nach Ansicht etwa der Autoren

schleswig-holsteinischer Polizei-Ausbildungspläne „die Voraussetzungen für das planvolle Zusammenwirken einer Mehrheit... unter einheitlicher Führung... schafft“ — als ob nicht auch Feuerwehrmänner planvoll zusammenwirken könnten, obschon denen das „Grüßen im Vorbeigehen“ nur als Höflichkeitsgeste geläufig ist.

Zwar gibt es ein umfangliches Lernpensum. Die Rekruten pauken Polizeirecht, Strafrecht und Verkehrsrecht, treiben Sport und Schießausbildung. Jedoch: „Daß die Polizei heute in der Regel in der Eingangsstufe in der Kaserne erlebt wird“, sagt der Münsteraner Lehrer und Schutzpolizeidirektor Alfred Dietel, „ist für die weitere Ausbildung prägend.“

Wie die „Alete-Hundertschaften“ (Kasernen-Jargon) der 16- bis 20jährigen reift im Muff der Unterkunft auch die „Spätlese“ heran, die „lebensälteren Bewerber“ mit abgeschlossener Berufsausbildung. Und für Halbwüchsige wie für gestandene Männer gilt beispielsweise eine Vorschrift über „erzieherische Maßnahmen für die Widerrufungsbeamten der Bayerischen Bereitschaftspolizei“, die Bayerns Innenminister 1965 abzeichnete. Danach ist erlaubt, was selbst in den Grundschulen aus der Mode gekommen ist: „Bei Unaufmerksamkeit im Unterricht den Beamten kurze Zeit stehen zu lassen.“

Ehrerbietigkeit ist in westdeutschen Polizeikasernen und -präsidien sehr erwünscht. Beamte niederen Ranges machen ihre Meldung dem „Herrn Kommissar“ oder dem „Herrn Oberrat“. Und obschon etwa in Nordrhein-Westfalen laut Beamtengesetz ein Staatsbediensteter „keinen Anspruch auf Anrede mit der Amtsbezeichnung“ genießt, bestand Mönchengladbachs Polizeidirektor Alfons Classen, 42, unlängst darauf, von einem Kommissar ranggerecht tituliert zu werden; denn: „Es tut mir gut.“

Was Untergebenen gut tut, wird beispielsweise in Vorschriften über Dienstbärte und Haarlängen dargetan. Polizeiminister Weyer entfernte gar eigenhändig acht bärtige und langhaarige Polizisten vom Düsseldorfer Nordfriedhof, wohin sie zur Beisetzung eines ehemaligen Staatssekretärs abgestellt waren.

### Gradliniger Marsch in die deutsche Armee.

Wie Mannsbilder, die Polizist sein oder werden wollen, sonst noch auszu-sehen haben, bestimmt seit langem die „Vorschrift zur ärztlichen Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und der Dienstfähigkeit der Polizeivollzugsbeamten (PDV 300)“.

Danach hat der Schupo keinen „starken Schweißfuß“, ebensowenig „auffällige Tätowierungen“ oder die „ent-

stellende Mißbildung einer Ohrenmuschel“. Vielmehr verfügt er über „gute, allgemeine, dem Lebensalter entsprechende harmonische Körperbildung“, dazu „körperliche Gewandtheit, gute Auffassungsgabe, geistige Regsamkeit“.

Der Kommißbetrieb und die Gewohnheit, „vom Ministerium als mechanisch funktionierendes Instrument betrachtet und mißbraucht zu werden“ — so Hans Dieter Glietsch, 25. Sprecher des Lehrgangs 71/1 an der Höheren Landespolizeischule in Münster und mittlerweile Polizeikommissar im Rheinischen — wurzeln in militärischen Traditionen.

Kaisers Gendarmen glichen nicht nur äußerlich Kaisers Soldaten. Vor 1918 konnte kein Deutscher Polizist werden, der es bei der Armee nicht bis zum Unteroffizier gebracht hatte. Nach 1918 gab es kaum einen Ausbilder der nunmehr republikanischen Polizei, der nicht aus der kaiserlichen Armee stammte; Ausbildungsstätte blieb der Kasernenhof, und es war ernst gemeint, was der Polizei-Hauptmann Erwin Palm 1933 in einer Dissertation über die Polizistenausbildung schrieb:

„Die langen Ketten der nackten Anwärter setzen sich den kritischen Blicken des Arztes aus. Hier erreicht die Gleichmachung ihren Höhepunkt. Dieses Stadium der Kultureinbuße muß unbedingt als Basis der allgemeinen Uniformierung durchgemacht werden.“

Gradlinig marschierten die langen Ketten in die großdeutsche Armee. Eine nach 1933 geschaffene Landespolizei wurde 1935 geschlossen in die Wehrmacht übergeführt. Dann kämpften Polizei-Bataillone für Hitlers Polizei-Staat, mordeten Polizei-Einsatzgruppen in Warschau und Lodz und anderwärts.

In Zivil, nur mehr mit Stöcken bewaffnet und durch Armbinden oder Plaketten als „German Police“ ausge-



Marschierende Polizei 1933\*: „Höhepunkt der Gleichmachung“

wiesen, durften Heimgekehrte und Zurückgebliebene nach dem Zusammenbruch die Ordnung wieder aufrichten. Das Schreckbild der „verreichlichten“ Polizei Himmlers vor Augen, dezentralisierten die Besatzer die Polizei erneut, und bis heute blieb eine — so der Polizei-Chronist Günther Paschner — „vielfarbige und vielgestaltige Polizeilandschaft“:

- ▷ In Hessen, Bremen, Baden-Württemberg und Bayern gibt es neben der staatlichen Polizei auch kommunale Polizeien. Der Freistaat Bayern leistet sich neben der staatlichen Landpolizei auch noch eine staatliche Grenzpolizei.
- ▷ Bayrische Schupos tragen ihre Dienstgradabzeichen an Kragenspiegeln: Hamburger, hessische und Berliner haben das Silber auf den Ärmeln: niedersächsischen und

schleswig-holsteinischen hebt es die Schultern.

- ▷ Zwei Länderpolizeien tragen dunkelblaue Uniformen, zwei blaugraue, acht stecken in Uniformen von unterschiedlichem Grün und unterschiedlichem Schnitt.

#### Kunterbunte Kompetenzen aus der Besatzerzeit.

In einigen Ländern unterstehen der Schutzpolizei das Einwohnermeldeamt und die Lebensmittelüberwachung, die anderwärts wieder von der allgemeinen Verwaltung wahrgenommen werden; in Baden-Württemberg etwa bearbeiten Polizisten die sogenannte kleine und mittlere Kriminalität und ermitteln sogar gegen Einbrecher; Hamburgs Schupos wiederum haben mit der repressiven Verbrechensbekämpfung nichts zu tun — so kunterbunt sind die Kompetenzen aus der Besatzerzeit überkommen.

In die Gegenwart wirkt auch das Deutschland-Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz vom 19. September 1950. Danach dürfte sich die damals noch abgerüstete Bundesrepublik, um „eventuellen Untergrundbewegungen entgegenzutreten“ zu können, eine „Polizeitruppe“ zulegen — die Bereitschaftspolizeien der Länder. Wiederum stand Deutschlands Polizei auf dem Kasernenhof.

Denn die kasernierte Bepo war nicht nur als Instrument gegen Saboteure und Untergründer gedacht, dessen sich laut Artikel 91 des Grundgesetzes im Falle „einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung“ auch die Bundesregierung bedienen darf. Sie wurde



Kasernierte Polizei 1973: „Für die weitere Ausbildung prägend“

\* Vor dem Karl-Liebknecht-Haus, der Berliner Kommunisten-Zentrale



**Polizei-Einsatz gegen Partisanen: Mord in Ketten**

Grundausbildungsstätte für den gesamten Polizeinachwuchs und blieb das — außer in Hamburg, wo 1970 die Ausbildung von der Bepo getrennt wurde bis heute.

Noch Anfang der sechziger Jahre war die Bereitschaftspolizei Zuchtanstalt mit Robben und Bettenbau, Straferexerzieren und ordensähnlichem Kodex: Die Anwärter mußten sich mindestens sieben Jahre „verpflichten“, sie durften vor Vollendung des 27. Lebensjahres nicht heiraten, und Baden-Württemberg schaffte erst 1967 die „Prüfung“ von Polizei-Bräuten ab.

**„Stoßtrupps sind die Träger des Kampfes.“**

Im übrigen sollte kräftig gebumst werden. Außer mit Knüppel, Pistole, Schießgewehr und MP („allgemeine Waffen“) rüsteten die Länder ihre Polizeistreitmächte auch mit „besonderen Waffen“ aus — Handgranaten, Maschinengewehren und vorübergehend sogar Granatwerfern.

Zwar darf dieses — vom Bund entlehene — Schießgerät nur unter besonderer Voraussetzung eingesetzt werden. Doch in Hessen immerhin können Maschinengewehre bereits auf „schwerbewaffnete Rechtsbrecher“ — etwa Gangsterbanden — hämmern. Und zudem steht das schwere Geschütz in Widerspruch zu dem in allen Ländern einheitlichen Gesetzen „über die Anwendung unmittelbaren Zwanges“, wonach Polizei Waffen nur gebrauchen darf, um Personen angriffs- oder fluchtunfähig zu machen, und keinesfalls dann, wenn „erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden“ — Auflagen, die mit Handgranaten und Maschinengewehren schwer zu erfüllen sind.

Wohl üben Polizeirekruten nur noch selten am MG, aber am Straßen-

schlacht-Schema sind Übungen und Praxis-Paragrafen wie eh und je ausgerichtet. Modellfall ist die Vorschrift für den „Außergewöhnlichen Sicherheits- und Ordnungsdienst“ (ASOD) von 1961, in deren Entwurf es hieß: „Stoßtrupps sind die Träger des Kampfes, der oft durch Nahkampf mit Handgranaten, Pistolen und Maschinenpistolen gekennzeichnet ist.“

Die Länder-Innenminister hatten dieses Konzept bereits gebilligt; erst auf Intervention vor allem der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wurde es modifiziert. Doch was übrigblieb, war kriegerisch genug — und so wird bis heute jeder Jung-Polizist mit Orientierungshilfen wie diesen versehen:

- ▷ Zum Thema „Befehlsgebung“: „In besonderen Lagen sind Befehlsstellen und ihre Zugänge zu tarnen.“
- ▷ Zum Thema „Marsch“: „Der Marsch auf mehreren Straßen verkürzt die Dauer der Marschbewe-

gung, verschleiert die Stärke der Einsatzkräfte.“

- ▷ Zum Thema „Veranstaltungen“: „Es kann sich empfehlen, die rückwärtigen Gruppen der Veranstaltungsteilnehmer zuerst abzukämmen.“
- ▷ Zum Thema „Angriff“ bei „inneren Unruhen“: „Im offenen Gelände ist die Wegnahme beherrschender Geländepunkte anzustreben.“

**Mit Straßenschlachten kam die Krise im Selbstverständnis.**

Aufs Wort parierten denn auch 800 Beamte, als am 2. Juni 1967 West-Berlins Polizeipräsident Duensing vor der Oper den Befehl gab: „Knüppel frei! Räumen!“ Studenten, die friedlich gegen Schah und Schabbanu demonstrierten, und Passanten, die zusehen wollten, wurden zusammengedroschen — während das Perserpaar längst in der Loge saß. Benno Ohnesorg war der erste Tote einer deutschen Studentendemonstration.

Fortan war Berlin überall. In Bremen, Januar 1968, ließ Polizeipräsident von Bock und Polach seine Truppen auf Schüler und Lehrlinge, die gegen höhere Nahverkehrspreise auf die Straße gegangen waren, mit der Devise los: „Draufhauen, draufhauen, nachsetzen.“ Und Polizisten — teils altgediente, vielfach Neulinge — hauten allerorten fest drauf, als nach dem Attentat auf Rudi Dutschke eine Protestwelle über die Republik schwappte.

Aber weder Sicherheit noch Ordnung waren bedroht, als Ostersonntag 1968 in Berlins Friesenstraße ein paar Dutzend Studenten mit Autos vor einer Polizeistation stoppten, um Kommilitonen nach deren Freilassung abzuholen. Plötzlich auftauchende Uniformtrupps



**Polizei-Bewaffung: Kräftig gebumst**

schlugen auf die Wagendächer, zertrümmerten Scheinwerfer, zerbeulten Karosserien; eine zweite Angriffswelle zerrte die Studenten von den Sitzen und verprügelte sie.

In Frankfurt ließ die Polizeiführung an der Galluswarte eine Reiterstaffel gegen hockende Demonstranten Attacke reiten. Mit langen Latten hieben die Berittenen auf die Sitzenden ein.

Belastet mit autoritären Denkmustern aus der Vergangenheit, befrachtet mit einer untauglichen, an Hieb und Stich orientierten Ausbildung, schliederten Deutschlands Polizisten falsch vorbereitet in das „Jahr des Heils“ — wie sie es heute nennen.

Einerseits angehalten, Ordnung um jeden Preis zu schaffen, doch von der Linken an die rechte Wand gestellt, gerieten Schupos zu nationalen „Prügelknaben“ — wie sich Hauptmeister Eberhard Fecke, 38, von der 2. Abteilung der Berliner Bereitschaftspolizei auch nun noch sieht: „Der Polizei werden immer wieder viele Sachen untergeschoben, die nicht von ihr zu verantworten sind.“

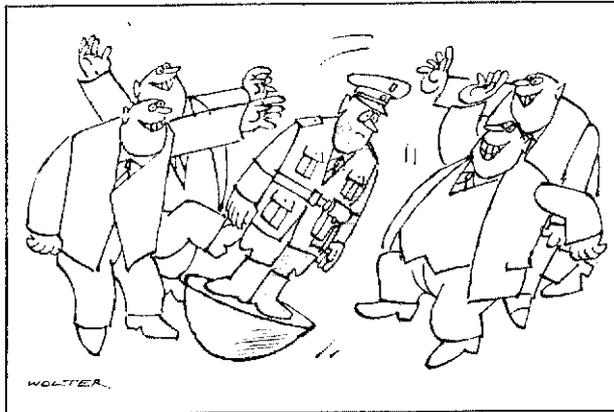
Zumindest die Ursachen des Bürgerkonflikts hatte die Polizei nicht zu verantworten — nicht den Zwist der Generationen und nicht die Machart der Springer-Blätter, weder den Bildungsnotstand noch den Krieg in Vietnam.

„Der Politiker“, erkannte denn auch Walter Scheel, Vorsitzender der damals noch oppositionellen Freidemokraten nach den Osterunruhen 1968, „muß den Einsatz der Polizei selbst verantworten. Es wäre ganz falsch, wenn wir etwa die Ordnung in diesem Lande der Polizei in eigener Verantwortung überließen.“

Gleichwohl, den Politikern fiel selten mehr ein, als sich blindlings hinter ihre Polizei zu stellen — der damit freilich nicht zu helfen war. Anstöße, die zunehmende Entfremdung zwischen Poli-

zist und Bürger zu beheben, gingen vielmehr eher von der Polizei selber aus.

Denn die Krise im Selbstverständnis der Ordnungshüter, die mit den Straßenschlachten heraufgekommen war, bot auch die Chance einer Neuorientierung. Der „Lernprozeß“, von dem die Studenten so gern sprachen, erfaßte manchen — zumal jüngeren — Polizisten. Und mindestens einige Verant-



Stuttgarter Nachrichten

„... dein Freund und Helfer!“

wortliche begriffen, wie sehr die herkömmliche Berufsauffassung „Produkte einer autoritären Tradition“ (so Jusoführer Karsten Voigt) bedingte.

Als erster Polizeichef richtete Münchens Manfred Schreiber einen „Psychologischen Dienst“ ein, der bis vor kurzem vom Diplom-Psychologen Georg Sieber versehen wurde. Schreibers Schupos waren wegen ihrer Schlagfertigkeit schon früh ins Gerede gekommen, als sich während der Schwabinger Krawalle im Juni 1962 rund 1000 Beamte mit rund 30 000 Münchnern fünf Nächte lang blutige Gefechte lieferten.

Als Gegenstück zum gängigen Einsatzschema bei Demonstrationen, dem „Frontsystem“ mit Sperrern, Kettenbildung und Räumen eines Platzes, das im Grunde eine „Gefängniswärtertechnik“

(Sieber) ist, ersann der Psychologe den „integrierten Einsatz“: Polizisten sollen einzeln in die Reihen der Demonstranten einsickern, sich jeweils in eine Gruppe „sozial integrieren, schnell Anschluß finden und mit weißen Handschuhen und ihrem Mundwerk glaubwürdig arbeiten“.

Unterdessen zählt es bei Polizeipräsidenten zur guten Art, sich eine „Frau Irene“ zu halten — wie jüngst die „Frankfurter Allgemeine“ über Psychologen und Soziologen in Polizeidiensten spöttelte.

Frankfurts Polizei-Soziologe Horst Grimminger beispielsweise ließ seine Schutzbefohlenen anlässlich einer Vietnam-Demonstration Flugblätter verteilen: „Auch Polizeibeamte wünschen, daß der Krieg in Vietnam möglichst bald beendet wird.“ Allerdings: „... starke Kräfte stehen bereit, weil die Polizei nicht tatenlos zusehen kann, wenn sich aus einer Demonstration heraus Angriffe auf Menschen oder Sachen ereignen.“

Sich „dynamisch in einen Lernprozeß einzuschalten“, forderte von seiner Schupo auch Berlins Polizeipräsident Klaus Hübner, 48, gelernter Hauptwachtmeister, lange Jahre Geschäftsführer der GdP und SPD-Bundestagsabgeordneter.

Ein Polizist, fand Hübner nach seinem Amtsantritt 1969, müsse als „Schützer dieser demokratischen Gesellschaft auch Demokratie am Arbeitsplatz erleben“.

„Befehl, Weisung und Gehorsam“, so proklamierte er für seinen 14 000-Mann-Betrieb, „das geht nicht mehr. Dafür muß es eine Führung im Mitarbeiterverhältnis geben.“

So sollen zum Beispiel, nach Zusammenfassung der 115 Polizeireviere in künftig 28 Polizei-„Abschnitte“, 390 bürgernahe „Kontaktbereiche“ eingerichtet werden, für die je ein Beamter verantwortlich ist. Hübner: „Der für seinen Kontaktbereich verantwortliche Polizeibeamte in Charlottenburg macht sich hier etwa bei den Hauswarten bekannt, überreicht seine Visitenkarte und kümmert sich um spezifische Angelegenheiten dieses Bereichs — zum Beispiel wenn Fälle von Autodiebstählen auftreten oder auch nur das Straßenpflaster zu erneuern ist.“

### Schwadronieren mit Gammlern an der Gedächtniskirche.

Paradestück der West-Berliner Polizei — die der städtischen Frontlage wegen seit je in militärischen Kategorien erzogen worden war und sich denn auch der Apo feldmarschmäßig annahm — aber ist die „Einsatzgruppe für Erprobungs- und Sonderaufgaben“, zwei Züge mit je 30 Leuten.

In achtwöchigen Kursen werden die Freiwilligen in Menschenführung, Massenpsychologie, Wirtschaftspolitik und Stadtanierung, Jugendkriminalität und Rauschmittelproblematik unterwiesen. Dann gesellen sie sich zu linken Debat-



Welt der Arbeit

„Und nun macht mal was, Polizisten — irgendwas“



**Schlagstock-Einsatz gegen Demonstranten: „Draufhauen, nachsetzen“**

tierklubs, plaudern in Hasch-Kneipen oder schwadronieren mit den Gammeln an der Gedächtniskirche: in zerfransten Jeans, aber mit der Auflage, ihren Beruf nicht zu verschweigen.

Eine ganz besondere Aufgabe kommt auf die Sonderpolizisten freilich erst zu, wenn sie nach einem Jahr turnusmäßig wieder in Reviere und Streifenwagen zurückkehren. Dort, wo laut Ausbilder Riedel „zunächst sehr starke Ablehnung“ gegen die „Psychobullen“ spürbar war, gilt es oft, „erst mal die Kollegen zu überzeugen“. Zwar, so beobachtete Riedel, „wagen die alten Autoritäten inzwischen nicht mehr, offen aufzutreten“. Aber „es wachsen jüngere Autoritäten nach, das Absterben nützt nichts“.

Und wie unter ihresgleichen erleben progressive Polizisten auch unter Bürgern Widerstand. Als etwa am Kurfürstendamm sich jugendliche Händlercharen niederließen, die ohne Gewerbeerlaubnis Vorübergehenden Gebraucht- und Gebasteltes anboten, nahm laut Riedel „Polizei eine liberale Position ein, aber die Bevölkerung forderte von uns, durchzugreifen“.

Durchgreife-Parolen vom Volk und strammer Nachwuchs, das Abebben der Demonstrationswelle, die einst zu kritischer Selbstprüfung zwang, und eine reaktionäre Rückdrift, von Anarchogruppen à la Baader-Meinhof provoziert — dies erschwert Einsichten, wie sie in einem Seminarbericht an der Polizeiführungsakademie Hiltrup ein-



**Integrierter Einsatz bei Demonstration: „Einsickern, Anschluß finden“**

flossen: Polizei sei „sozialer Dienst in dem Sinne, daß sie den Raum garantiert, in dem sich ständig Änderungsprozesse in der Gesellschaft vollziehen“.

Gleichwohl scheint die Unruhe, die seit Jahren an der Selbsteinschätzung deutscher Schupos zehrt, fest etabliert. Denn für alle offenkundig geworden sind die Widersprüche, die ein westdeutsches Polizistendasein belasten:

- ▷ Einerseits die Forderung, von hoher Warte „soziale Prozesse zu regulieren, und zwar im Rahmen der spannungsreichen Wechselwirkungen einer freien und pluralistischen Gesellschaft“ (so eine im Auftrag der Länderinnenminister erarbeitete „Studie über die soziale Lage der Polizei“) — andererseits Ausbildungs- und Einsatzprinzipien, die noch weithin im Weltbild des neunzehnten Jahrhunderts angesiedelt sind.
- ▷ Einerseits ein weitgespannter Arbeitsbereich, vom Überprüfen bäuerlicher Heubodenlücken bis zum Eingriff in die Grundrechte — andererseits ein sozialer Status und Laufbahnbedingungen, die mit dem Bilde vom Polizisten als „Sozialingenieur“ nicht übereinstimmen.

### **Stiefkinder des Staates mit schwarzen Fahnen.**

Allenthalben rebellieren daher insbesondere junge Beamte gegen veraltete Strukturen, verlangen Polizeischüler aufsässig nach mehr Mitspracherecht, das sich bislang selbst an fortschrittlich gestimmten Instituten wie der Höheren Landespolizeischule in Münster auf Küchen- und Kantinen-Fragen beschränkt.

Unglaubliches geschah, als im April 1971 in Düsseldorf rund 8000 von der GdP aufgerufene Beamte mit Transparenten („Stiefkinder des Staates“), schwarzen Fahnen und in voller Uniform für gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung demonstrierten. Da war — so Polizeiherr Weyer — „das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat angesprochen“ und „das Dienstkleid... für Demonstrationzwecke mißbraucht“ worden. Innenstaatssekretär Heinrich Stakemeier sah „das letzte Vertrauen der Bevölkerung in die Zuverlässigkeit der Polizei“ erschüttert.

Unter Schupos aber überwiegt längst der Verdacht, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Zuverlässigkeit der Polizei eher durch andere Faktoren beeinflusst wird — etwa durch die sinkenden Erfolgsquoten bei der Verbrechensbekämpfung. Zu groß ist nach Ansicht der ÖTV-Gruppe Polizei die Belastung mit sach- und aufgabenfremden Dienstleistungen, wozu nach Meinung der Gewerkschaft alle Verrichtungen zählen,

die über „Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrsunfallverhütung und Verkehrslenkung, Abwehr von Gemeingefahren für die öffentliche Sicherheit, Schutz von Demonstrationen“ hinausgehen.

„Nur 30 bis 40 Prozent“ ihrer Arbeitszeit kann nach Schätzungen der ÖTV die Polizei „der Kriminalitätsbekämpfung und der Verkehrsunfallverhütung und Verkehrslenkung widmen“ — obwohl die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten wie auch der Unfälle seit Jahren stetig steigt.

Und je mehr Polizisten durch die Aufhellung schon begangener Straftaten und Bearbeitung schon geschiederer Unfälle gebunden wurden, desto weniger konnten vorbeugend — etwa im Streifendienst oder bei der Erforschung von Unfallursachen — eingesetzt werden. Die GdP: „Die präventive Tätigkeit ist gleich Null.“ Freilich: Nicht nur Überflüssiges von außen mindert polizeilichen Effekt — Entbehrliches geschieht auch innerhalb der eigenen Organisation.

#### Soziale Spannungen führen zu allgemeiner Verdrossenheit.

Deutschlands Polizei läßt ihre Autos häufig noch von vollausgebildeten Polizisten betanken und waschen. In polizei-eigenen Werkstätten arbeiten Vollzugsbeamte als Autoschlosser und Waffenhandwerker. Funkspezialisten im Dienst der Polizei sind oft zunächst als Vollzugsbeamte ausgebildet worden, und im rheinischen Mönchengladbach tat bis vor kurzem ein Polizist Pförtnerdienst am Tor des Präsidiums. Sein durchschnittliches tägliches Arbeitspensum: 130maliges Beiseiteschieben von zwei eisernen Torflügeln.

Die Züricher Unternehmensberatungs-Firma Knight Wegenstein AG, die eine Strukturanalyse der Hamburger und inzwischen auch der Berliner Polizei anfertigte, setzte in einem neuen innerbetrieblichen Organisationsschema auf Antrieb 314 Schreibtischpolizisten für den Streifendienst frei — zumindest auf dem Papier. Sie strich den Hamburgern die Reiterabteilung (45 Pferde und 75 Mann) und rechnete vor, daß sich für die jährlich 2,1 Millionen Mark Personal-, Unterhaltungs- und Futterkosten der berittenen Truppe 255 Funkstreifenwagen hätten unterhalten oder 200 neue Fahrzeuge hätten anschaffen lassen.

Daß es außen wie innen nicht stimmt, geben Polizisten selber zu Protokoll. „Es ist unbestritten“, steht in der von den Bundesländern abgeforderten Poli-



Polizei-Kapelle: „Die präventive Tätigkeit ...“

zeistudie, „daß sich heute innerhalb der Polizei eine allgemeine Unzufriedenheit und Verdrossenheit verbreitet hat, die auf soziale Spannungen zurückzuführen ist.“

Während beispielsweise Nordrhein-Westfalens Polizei 1969/70 insgesamt 4242 Bewerber im Alter von 16 bis 36 Jahren einstellte, gingen ihr in der gleichen Zeit 771 Schupos der gleichen Jahrgänge wieder verloren — fast jeder fünfte. Und nur 5,3 Prozent schieden wegen Dienstunfähigkeit oder Tod aus, der Rest ging wegen nicht spezifizierter „anderer Gründe“.

Ob diese Aussteiger nun Versager waren oder Enttäuschte — „in jedem Fall“, so der Bielefelder Soziologe und Polizeischul-Dozent Manfred Brusten, „erwies sich ihre Einstellung in den Po-

lizeidienst als ein Fehlgriff, dessen Ursache geklärt werden sollte“.

So stellte Brusten Schülern der Landespolizeischule (die erst knapp ein Jahr Uniform trugen), dann Lehrgangsteilnehmern der Höheren Landespolizeischule (angehende Kommissare mit längerer Berufserfahrung) die Fragen, ob sie bei einer neuerlichen Berufswahl noch einmal zur Polizei gehen und ob sie ihrem Sohn den Beruf empfehlen würden.

#### „Polizei muß verkauft werden wie ein Waschmittel.“

Von den Neulingen schon wären 19 Prozent nicht ein zweites Mal zur Polizei gegangen; 22 Prozent hätten ihrem Sohn diese Laufbahn nicht angeraten. Bei den Kommissaranwärtern dagegen wollten gar 30 von 100 nicht noch einmal die Polizei wählen und 62 von 100 ihrem Sohn diesen Beruf nicht empfehlen: unter anderem wegen „Unzufriedenheit mit dem sozialen Prestige der Polizei in der Öffentlichkeit“, wegen „Fehlens eines geeigneten Berufsbildes“, wegen „nicht leistungsgerechter Bezahlung“ und wegen „zu geringer Aufstiegsmöglichkeiten“ — Resultate, die der Soziologe insbesondere den Polizei-Nachwuchswerbern anlastete.

„Polizei muß heute verkauft werden wie ein Waschmittel“, verkündete Münchens Polizeipräsident Dr. Manfred Schreiber, und so läßt sie sich denn, überwiegend von Profis aus der Werbebranche, auch verkaufen — für insgesamt 15 Millionen Mark seit 1965.

Da wird Nachwuchs gesucht für „Service in Sachen Sicherheit. Modernes Unternehmen mit modern denkenden Männern“ (Hamburg) — obwohl jeder Kenner deutscher Polizeireviere weiß, wie derlei Unternehmen in aller Regel von innen aussehen:



... ist gleich Null“: Polizei-Reiter

Die geölten Fußböden verströmen preußischen Behördenmief, auf abgewetzten Tischen hacken die Beamten ihre Protokolle und Berichte in Schreibmaschinen, die häufig noch aus der Vorkriegs-Produktion stammen. Moderne Photoapparate, Diktier- und Nachtsichtgeräte sind im Unternehmen Polizei oft noch bewunderte Raritäten, und Streifenwagen müssen meist so lange gefahren werden, bis auch der Rost sie nicht mehr zusammenhält.

Polizei bietet ein „Optimum an Sicherheit“ (Schleswig-Holstein) und fahndet nach „Männern für einen Beruf mit außergewöhnlichen Möglichkeiten“, und in keiner Werbebroschüre fehlt der scheinbar reelle Hinweis auf die polizeiliche Einheitslaufbahn: „Nach der ... Devisen Freie Bahn dem Tüchtigen“ kann jeder Beamte — auch Hauptschüler — durch Leistung in die höchsten Ämter aufsteigen“ (Merkblatt der schleswig-holsteinischen Polizei).

In der Tat ermöglicht die in der Verwaltung einzigartige Einheitslaufbahn den Aufstieg vom sogenannten Mittleren (Staats-) Dienst über den Gehobenen Dienst, ohne Abitur und Hochschulstudium mit Staatsexamen, bis hin in den Höheren Dienst, die Spitzengruppe der Hierarchie — theoretisch.

Nach einer von Land und Ausbildungsstand des Anfängers abhängigen, bis zu drei Jahre dauernden Grundausbildung in der Polizeischule oder Bereitschaftspolizei-Hundertschaft und nach einer Lehrzeit im Revier-Einzeldienst legt der Nachwuchspolizist im vierten oder fünften Dienstjahr die sogenannte Fachprüfung I ab.

Er wird damit Polizeihauptwachmeister der Besoldungsgruppe A 6 mit einem Grundgehalt von rund 700 Mark plus Zulagen; falls er die Prüfung mindestens „befriedigend“ bestanden hat, kann er sich nach Teilnahme an allgemeinbildenden Oberstufenkursen für den Lehrgang zur Fachprüfung II melden. Sie ist die Weihe für den Gehobenen Dienst der Inspektoren, Oberinspektoren und Amtsmänner, bei der Polizei — außer in Bayern — Kommissare, Oberkommissare und Hauptkommissare genannt (Grundgehalt: 1300 bis 1900 Mark).

### Ordentliche Bürger und der Rest der Menschheit.

Aufstieg in die mit Grundgehältern von 2000 bis 3300 Mark dotierten polizeilichen Spitzenpositionen der Räte, Oberräte, Direktoren und Leitenden Direktoren im Höheren Staatsdienst ermöglicht schließlich ein einjähriger Lehrgang an der Polizeiführungsakademie im westfälischen Hiltrup.

Aber die ganze Wahrheit ist: In anderen Zweigen der Verwaltung gehören bis zu 50 Prozent der Beamten dem Gehobenen Dienst und mindestens 15

Prozent dem Höheren Dienst an. Bei der Polizei jedoch sind die Planstellen für den Gehobenen und Höheren Dienst so rar, daß die meisten deutschen Schupos Aufstiegshoffnungen schon am Beginn ihrer Laufbahn begraben müssen.

Für Posten vom Kommissar an aufwärts werden gerade 60, für Rats-Stellen und noch höhere Chargen eben fünf von 1000 Schupos gebraucht. Für alle anderen enden die „guten Aufstiegsmöglichkeiten“ (NRW-Nachwuchswerbung) bestenfalls beim letzten mittleren Dienstgrad — Hauptmeister mit einem Grund-Endgehalt von 1368 DM.

Denn so frei nur ist die Bahn auch für Tüchtige: Weil im polizeilichen Aufstiegsmechanismus ein „befriedigendes“ Lehrgangs-Resultat in aller Regel zur Teilnahme am Kursus für die nächsthöhere Laufbahngruppe berechtigt, werden eben in aller Regel bei Polizei-Prüfungen auch nur so viele auf-

Beamte zu Vätern, davon elf einen Polizisten. 88,5 Prozent des 1971er Herbst-Nachwuchses besaßen Realschulabschluß, 7,7 Prozent hatten die Volksschule besucht, 3,8 Prozent das Abitur gemacht.

Häufig bestimmten ökonomische Motive deutsche Jungmänner, Polizei-Blau, -Blaugrün oder -Grün anzuziehen — „Hang nach Sicherheit und finanzielle Gründe“, so Polizeidirektor Günter Eckert, ehemals Leiter der schleswig-holsteinischen Landespolizeischule in Eutin. Aber „natürlich“, so Berlins Riedel, „kommen da auch welche mit sehr romantischen Vorstellungen, 007 und so“.

„Welche Art von Menschen, welcher gesellschaftspsychologische Typ“, wie der Schriftsteller Jean Améry formulierte, aber nun eigentlich „sein Leben der Aufrechterhaltung von Ruhe und



Polizei-Totenwache: „Arme zwanglos herabhängend“

stiegsträgliche Zensuren verteilt, wie Posten zu vergeben sind.

Gleichwohl gilt — dank der Fiktion von der Einheitslaufbahn — der Polizeiberuf „als typischer Aufsteigerberuf“, angesiedelt „zwischen der alten Handwerks- auch Facharbeiterschicht und der alten kaufmännischen Schicht“ (Münchens Sieber).

41,2 Prozent einer Polizeibeamtengruppe, die von der Soziologin Lieselotte Hinz in Frankfurt befragt wurden, maßen beispielsweise ihrem früheren Beruf geringeres Ansehen bei als ihrem zweiten — ein Resultat freilich, das angesichts der sozialen Herkunft deutscher Polizisten nicht überrascht.

Von 207 im Herbst 1971 in Schleswig-Holstein engagierten Schulabgängern (aus denen die Polizei seit Herabsetzung des Eintrittsalters auf 16 Jahre ihren Nachwuchs vorwiegend rekrutiert) stammten 84 aus Arbeiter-, Facharbeiter- und Handwerkerfamilien und 51 aus Angestelltenfamilien; nur 25 hatten

Ordnung widmet“ — dieser Frage haben sich bislang weder Soziologen noch Psychologen gründlich angenommen. Bislang sind, wie Améry, viele Bürger auf das „wohl nicht ganz abwegige Gefühl“ angewiesen, „daß es nicht gerade die feinsten, empfindlichsten, menschenfreundlichsten Charaktere sind, welche die Büttel-Laufbahn einschlagen“.

Den Obermeister Horst Salzwedel, der in Berlin jenen widerspenstigen Autodieb am Streifenwagen per Genickschuß tötete, beurteilte der Justizpsychologe Dr. Günter Suttinger als „typischen Befehlsempfänger“, der „mit seinen täglichen dienstlichen Aufgaben nur dadurch auf eine für ihn befriedigende Weise fertig werden kann, daß er seinen starren Vorstellungen von Recht und Pflicht ebenso schematisierte Ansichten über Unrecht und böse Menschen entgegenstellt“.

Ob die Salzwedels unter Westdeutschlands Polizei für solche Eigen-

art psychisch disponiert sind, ob einschlägige Anlagen durch verfehlte Ausbildung und Anleitung gefördert werden oder ob polizeiliche Erziehungsmechanismen solchen Typus erst formen, steht dahin.

Begründet aber erscheint der Verdacht, daß Schupos häufig die Welt mit einem festen Freund-Feind-Schema bewältigen. Erfahrungen dieser Art notierte der Jurist und Soziologe Johannes Feest, Kriminologie-Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, der in München 280 Stunden Streifeneinsatz mitmachte.

Polizisten, so beobachtete Feest, teilen Bürger in solche, deren Äußeres „ordentlich“ ist und die sich „nur zu legitimen Zwecken und legitimen Zeiten an legitimen Orten aufhalten“ — und

schätzung des Kölner Strafrechtsprofessors Richard Lange „das Millionenfache dessen“ kassieren, „was die Kravatte der Gewalt-Kriminalität mühselig zusammenkratzen“.

Freilich: Des groben Rasters, das Polizisten die komplizierte Welt vereinfacht, bedient sich meist die ganze Gesellschaft — biedere Bürger, die Kriminelles unter langen Haaren wähen, oder Langhaarige, denen jede Krawatte den Kapital-Verbrecher signalisiert.

Polizei-Helfer Sieber hält denn auch dafür, Polizisten-Psyche und Polizisten-Reaktion am Durchschnitt zu messen. Er weiß von Untersuchungen, wonach „der Pulsschlag eines unbescholtenen Bankangestellten sich auf die gleiche Frequenz erhöht wie der Pulsschlag eines Polizeibeamten, der zum Beispiel von einem Polizisten in eine Bucht ein-

nig? Da ist ein Schild, und jeder will mit mir diskutieren. Was ist eigentlich kaputt?“ Und er könnte sich jetzt sagen: „Autofahrer sind blöd.“ Aber weil die meisten Polizisten selbst Autofahrer sind, sagt er sich schließlich: „Ich hätte das übrigens so oder ähnlich auch gemacht.“

Daß immer wieder Schupos nicht nachdenken und statt dessen hinlangen, liegt laut Sieber an der „Reizschwelle, die eben bei vielen Leuten unterschiedlich hoch ist“. Der Psychologe: „Intelligente Beamte haben in der Regel eine niedrigere Reizschwelle, weil sie mehr Informationen verarbeiten und sozial sensibler sind. So hat es der liebe Gott wunderbar gefügt, daß die Intelligenten meist in Führungspositionen sitzen, wo sie nicht allzuviel anstellen können.“

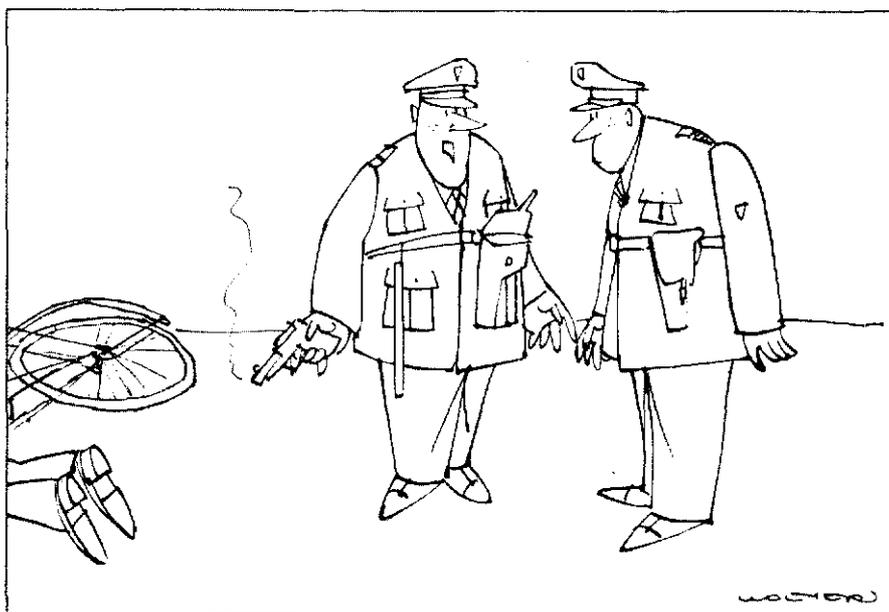
Dem gewöhnlichen Schupo hält Sieber alles Menschliche zugute. Der hat „Klischeevorstellungen, wie es sie in der übrigen Bevölkerung gibt. Denn der Polizeibeamte hat in der Regel doch zu 90 Prozent Kontakt mit Nicht-Polizisten, und er liest genauso die ‚Bild-Zeitung‘ wie alle anderen“.

### „Keine Vorstellung über die Funktion im Rechtsstaat.“

Versehen mit den Vorzügen und Schwächen des sozialen Umfelds, wessensgleich mit Bürgern, unter denen sie wirkt, scheint die Polizei denn auch allemal den Zustand ihrer Gesellschaft zu spiegeln — wo immer die siedelt: in dem von Gewalttätigkeit geplagten Amerika, wo Polizisten schneller schießen und schneller erschossen werden als anderwärts, oder auf der vom Common sense gesegneten britischen Insel, wo die Bobbies nach Meinung des Scotland-Yard-Ausbilders Chief-Superintendent Stephen O'Brien auf Armierung verzichten, „weil Waffen unsere traditionelle Beziehung zum Bürger zerstören, sofort eine Barriere errichten würden“.

Und weil beispielsweise Bundesdeutsche weithin noch den Wertvorstellungen von gestern verhaftet sind, „betont“, wie der Soziologe und Polizeikritiker Rüdiger Lautmann erkennt, auch „die polizeiliche Eindrucksmanipulation nach wie vor das Martialische, Zugriffsbereite; auch das Quasi-Militärische in interner Organisation und im äußeren Auftreten der Polizei arbeitet in dieser Richtung“.

Daß Westdeutschlands Polizei anders organisiert sein, anders erzogen, anders auftreten sollte, fließt Polizeiführern längst glatt aus der Feder. „In unserer Zeit“, schreibt Reformler Hunold, „ist die Auffassung, nur im Rahmen der geltenden Gesetze zu handeln, allein nicht mehr ausreichend.“ Denn die „Erscheinungsformen unserer freiheitlichen... Gesellschaft“ passen „nicht mehr in die klassischen Denkschemen bisheriger Ausbildungsprinzi-



„Er fuhr ohne Katzenauge, und ich habe ihn dreimal vorschriftsmäßig aufgefordert, abzustiegen.“

in den Rest der Menschheit, der sich anders verhält. Feest wurde Zeuge, wie Streifenpolizisten einen Mann kontrollierten, nur weil er zu früher Morgenstunde durch eine menschenleere Straße ging. Ergebnis: ein Arbeiter, heimkehrend von der Nachtschicht.

Feests Fazit: Angehörige niederer sozialer Schichten oder sozial machtloser Gruppen laufen ungleich eher Gefahr, von der Polizei verdächtigt, überprüft und — wenn sie tatsächlich straffällig geworden sind — gefaßt zu werden als Leute „von höherem sozialen Status“.

Dabei tebt das mit Ballermann und Brechisen betriebene Handwerk der zünftigen Ganoven kärglich im Vergleich zur Gilde der „White Collar“-Kriminellen — den ordentlich gewandeten, sozial respektierten Betrugsunternehmern und Steuermanipulatoren, Weinpanschern und industriellen Umweltverschmutzern, die nach Ein-

gewunken wird“. Und er „findet beim Vergleich eines Seminars für Führungskräfte eines Wirtschaftsunternehmens und einem Polizei-Seminar mehr liberale Auffassungen bei Polizeibeamten als bei Jung-Managern“.

„Diese Liberalität“, glaubt Sieber, „entsteht aus den Reflexionen über die Konflikte, mit denen die Polizisten jeden Tag zusammenkommen.“ Beispiel:

Ein Polizist steht an einem wegen einer gerade eingerichteten Baustelle aufgestellten Durchfahrtsverbotsschild. Dreißigmal muß er Autofahrern sagen: „Hier dürfen Sie nicht durch.“ Dreißigmal wird ihm erwidert: „Aber gestern durfte ich doch noch.“ Wieder dreißigmal muß er sagen: „Sie sehen doch, dahinten ist eine Baustelle.“ Dreißigmal erhält er darauf die Antwort: „Das ist eine Sauerei, ich werde mich bei Ihrem Vorgesetzten beschweren.“ Beim dreißigsten Wortwechsel dieser Art würde ein anderer seinem Gegenüber wahrscheinlich eine lange. Aber der Polizist darf das natürlich nicht. So geht er nach Hause und beginnt darüber nachzudenken: „Sind die wahnsin-

pien“, die „am eigenen Wunschenken der Polizei orientiert waren“.

Doch wie es nun passend gemacht werden könnte, ist in den Entscheidungsgremien der Republik bislang nicht artikuliert worden. Es gibt, wie die Länder-Studie zur Lage der Polizei klagt, „keine klaren Vorstellungen darüber, welche Funktionen die Polizei im sozialen Rechtsstaat hat. Gesellschaft und Politiker verstehen unter Polizei lediglich eine Ordnungsfunktion im traditionellen Sinne, relativiert auf die Bedürfnisse eines materiellen Rechtsstaates“.

In dem Arbeitspapier wird eine polizeiliche Bildungsreform empfohlen, wonach bei Aspiranten des ersten Laufbahn-Abschnitts (mittlerer Dienst) grundsätzlich die mittlere Reife gefordert wird. Für den Aufstieg in den gehobenen Dienst soll ein sechssemestriges Fachhochschulstudium Voraussetzung

Doch Ansätze zu Reformen stoßen bei Politikern immer wieder auf Widerstand — insbesondere, wenn Anarchisten-Bomben bersten und, wie zeitweilig im letzten Jahr, allenthalben Furcht und Hysterie aufkommen.

---

**„Unsere Führer werden diesen neuen alten Wind begrüßen.“**

---

Dann vernehmen womöglich auch vorurteilslose Polizisten lieber als den Bundespräsidenten Heinemann, der die Polizeiarbeit als „sozialen Dienst am Bürger“ verstanden wissen möchte, den NRW-Minister Weyer, der da sagt: „Der Polizeibeamte ist... nicht Mitglied einer karitativen Organisation, er ist nicht Absolvent einer Sozialakademie oder einer kirchlichen Hochschule und für bestimmte seelsorgerische Auf-

sie mit Skepsis die Anfänge demokratischer Unruhe und wachsende Bereitschaft zu Selbstkritik betrachtet. Nun bietet sich Gelegenheit, wieder für Ordnung zu sorgen“ (Brusten).

Und so ist denn offen, was aus den deutschen Polizisten und was aus den deutschen Polizisten wird: ob „Befehl und Gehorsam“, „Draufhauen und nachsetzen“ wieder das Selbstverständnis prägen sollen oder ob die zagen Reformansätze sich weiterentwickeln lassen.

Nur wenn die Polizisten selber überzeugt sind, sie verrichteten „einen sozialen Dienst am Bürger“, werden sie auch in der Lage sein, den Rechtsgrundsatz von der Verhältnismäßigkeit der Mittel neu zu verstehen — so, daß die polizeiliche Generalklausel, wonach „im Rahmen der geltenden Gesetze die nach pflichtgemäßem Ermessen notwendi-



**Demonstrations-Einsatz, demonstrierende Beamte:** „Immer ein und dieselbe Polizei?“

zung sein. Polizeirat soll nur noch werden, wer ein Hochschulstudium — etwa in einem noch einzurichtenden Fachbereich Polizeiwissenschaft — absolviert hat, dem dann ein praxisbezogener Lehrgang an der Polizeiführungsakademie in Hilstrup folgt.

Zumindest im oberen und mittleren Management wäre der Polizist der Zukunft danach ein in Zivil von Zivilisten herangebildeter Akademiker oder Fachschulabsolvent.

Konsequenter noch sind die Schutzpolizeidirektoren Dr. Kurt Gintzel und Alfred Dietel, bis vor kurzem Lehrer an der Höheren Landespolizeischule in Münster. Sie fordern, daß Westdeutschlands Polizei schon in der ersten Ausbildungsphase mit Kasernierung und Uniform-Zwang bricht. Denn bevor Deutschlands Polizeitruppe imstande ist, nur mehr soziale Prozesse zu regulieren, darf sie sich nicht mehr als Truppe fühlen.

gaben ausgebildet.“ Und knapp kanzelt der Minister „einige Futurologen auch in unserem Bereich“ ab, die da glauben, „das polizeiliche Berufsbild des späten 20. Jahrhunderts müsse völlig anders aussehen“, die meinen, „der Polizeibeamte sei mehr ein Sozialingenieur“.

„Alle Reformbemühungen“, resigniert nun einer der Futurologen, der Schutzpolizeidirektor und Vize-Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Dr. Kurt Gintzel, „eine bürgernahe Polizei zu schaffen, sind durch die Baader-Meinhof-Bande gefährdet worden.“ Denn die „Erfahrung zeigt“, so Soziologe und Polizeischuldozent Brusten, „daß solche Ministerworte nicht ungehört verhallen. Sie bilden in der Regel die Legitimation für zahlreiche konkrete Maßnahmen auf unteren Ebenen“.

Vor allem: „Ein großer Teil unserer Polizeiführer wird diesen neuen alten Wind begrüßen. Schon zu lange haben

gen Maßnahmen zu treffen“ sind, dem betroffenen Bürger nicht mehr wie eine Lotterie-Regel vorkommen muß.

Das mag noch lange währen. Der jüngste „Sicherheitsplan“, den Bonns Innenminister Genscher mit den Länderkollegen erdachte, sieht vor allem eins vor: mehr Polizisten — nicht bessere.

Das große Wort führen wieder Männer wie Willi Weyer: „Wer in der heutigen Formalausbildung... von einer paramilitärischen Ausbildung spricht, hat entweder keine Ahnung von den Aufgaben des Polizeibeamten im großen Einsatz, oder er argumentiert böswillig.“

Fragt der Frankfurter Rechts-Professor Erhard Denninger: „Aufgeklärter Absolutismus, konstitutionelle Monarchie, bürgerliche Republik, totalitäre Diktatur und demokratischer-sozialer Rechtsstaat — aber immer ein und dieselbe Polizei?“